



ARBEITSPAPIER 4/2016
JUNI 2016

VON DER LINKSPARTEI ZUR AFD
UND WIEDER ZURÜCK?
ZUR EMPIRIE DER WANDERUNG VON WÄHLERINNEN UND
WÄHLERN VON LINKS NACH RECHTS

HORST KAHRS
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
kahrs@rosalux.de

Hat DIE LINKE in besonderem Maße die Abwanderung von Wählerinnen und Wählern zur »Alternative für Deutschland« (AfD) zu fürchten? Wie groß ist die Konkurrenz zwischen beiden Parteien um die gleichen Wählerschichten? Diese Fragen bewegten die Berichterstattung über den Parteitag der Linkspartei in Magdeburg Ende Mai. Bereits nach den jüngsten Landtagswahlen im März spielte die Stimmenwanderung »von links nach rechts« eine Rolle wie bereits nach den Wahlerfolgen der AfD 2013/14.

Diese Aufmerksamkeit speist sich aus mindestens drei Quellen. Gemäß der politikwissenschaftlichen »Hufeisen-Theorie« nähern sich im Politischen die linken und rechten Extreme an; es gebe fließende Übergänge zwischen den Polen, die leicht überschreitbaren Brücken seien »der Protest« gegen »das System« und »die Eliten«, die »das wirkliche Leben« nicht mehr verstünden. Diese Theorie dient vor allem der Selbstvergewisserung und –beruhigung der »Parteien der demokratischen Mitte«, zumal wenn damit die Behauptung verbunden wird, die Linkspartei leide unter allen Parteien »besonders« unter der AfD.

Eine zweite Quelle der Aufmerksamkeit sind die politischen Kräftekonstellationen: Bei der vergangenen Bundestagswahl blieb fast jede sechste Stimme im Bundestag wegen der Sperrklausel unberücksichtigt, FDP und AfD scheiterten knapp, hätte nur eine von beiden Parteien den Einzug ins Parlament geschafft, würde es keine rechnerische Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei gegen die Union geben, denn diese drei Parteien erreichten zusammen nicht einmal 43% der Stimmen. Bereits 2013 fand eine verdeckte politische Kräfteverschiebung statt, seitdem stellt sich die Frage, ob diese Verschiebung der politischen Kräfte von links nach rechts von Dauer und womöglich strukturell ist und was daraus für künftige Koalitionsbildungen folgt.

Eine dritte Quelle schließlich sprudelt in der Partei selbst. Die jüngsten Wahlniederlagen, der offensichtliche Verlust der Funktion als »Anti-System-Protest-Partei« im etablierten Parteiensystem, die Erkenntnis, dass viele Stimmen bei den Vorwahlen vielleicht gar keine »linken« Stimmen im Sinne des Parteiprogramms waren, dass womöglich zwischen politischen Akteuren der Partei, ihren Mitgliedern und ihren Wählerinnen und Wählern größere Unterschiede bestehen als erwartet oder erhofft – all dies führt zu innerparteilicher Verunsicherung, zu Debatten um die strategische Ausrichtung und um die zukünftigen Handlungsoptionen der Partei, wodurch wiederum mediale Aufmerksamkeit geweckt wird. So waren auf dem vergangenen Parteitag die Abgrenzung und zugleich ein Konkurrenzverhältnis zur AfD sehr gegenwärtig. Hinzu kommt, dass die angenommene Verführungskraft des Nationalismus und Rechtspopulismus, dass der Aufwind der AfD als wesentliche Ursache für die eigenen Verluste betrachtet wird, zumindest die Suche nach anderen Ursachen überdeckt. Die Partei sieht die Abwanderung von Wählerinnen und Wählern zur AfD offenbar selbst als größeres strategisches Problem und nährt womöglich nolens volens dadurch selbst die »Hufeisen-theorie«.

Welche empirischen Grundlagen gibt es für die Annahme einer besonderen Betroffenheit der Linkspartei durch das Aufkommen der AfD?

Es ist dabei sinnvoll, zwei Ebenen zu unterscheiden: die Ebene des »situativen politischen Werts« und die Ebene der strukturellen Übereinstimmung von Einstellungen und Handlungen.

Was hier als Ebene des situativen politischen Werts bezeichnet wird, betrifft die in der Wahlforschung allgemein geteilte Erkenntnis, dass Wahlentscheidungen immer weniger auf der Basis langfristiger Parteibindungen erfolgen sondern auf Basis kurzfristiger Entscheidungen, durch welche Wahl die größtmögliche Wirkung mit der eigenen Stimme erzielt werden kann. Die Wirksamkeit lässt

sich bewerten nach dem erwarteten Wahlausgang, also dem politischen Einfluss der präferierten Partei auf die Politik der kommenden Jahre; sie lässt sich aber auch bewerten nach dem Aufsehen, den der Erfolg einer Partei bei den anderen Parteien und in den Medien erregt. Über den Erfolg wird geredet, nach den Ursachen gefragt, womöglich ändern Parteien ihre Politik – mit anderen Worten: die Stimme wird endlich gehört, findet einen Widerhall, politikwissenschaftlich spricht man dann von »Protestwahl«, »Denkzettel-Wahl« usw. DIE LINKE erlebte dies 2005 und 2009, bei der Bundestagswahl 2013 schon nicht mehr. Die Motive und Einstellungen dieser Gruppe von Wählerinnen und Wählern können sehr unterschiedlich sein. Ob aus einer einmaligen Wahlentscheidung eine langfristige Bindung entsteht, ist fraglich. Für DIE LINKE folgt daraus aber die Frage, mit welchem »situativen politischen Wert« sie potentiellen Wählerinnen und Wählern in den letzten Wochen vor der Wahlentscheidung wahrgenommen wird. Für diese Gruppe gilt auch: Je weiter der Wahltag entfernt ist, desto geringer die Aussagekraft von Umfragen und »Sonntagsfragen«.

Bildet die situative Wahlentscheidung den einen Pol einer Skala möglicher Wahlmotive, so bildet die Übereinstimmung von eigenen Einstellungen und den wahrgenommenen Einstellungen und Handlungsabsichten der präferierten Partei den anderen Pol dieser Skala: Die Wählerinnen und Wähler wählen die AfD aus Überzeugung, sie fühlen sich mit ihren Einstellungen dort am besten aufgehoben, wobei diese Übereinstimmung sowohl auf der Kenntnis der politischen Anliegen beruhen kann als auch auf dem wahrgenommenen, medial vermittelten Bild von dieser Partei.

Rechte Einstellungen und Wahlentscheidungen

Wesentliche programmatische wie medial vermittelte Anliegen der AfD kreisen um die »nationalstaatliche Souveränität« und dem Umgang mit dem »Volksvermögen« (Bankenkrise, Eurokrise, Flüchtlingspolitik bildeten Kernelemente dieses Narrativs), die strikte Ablehnung einer Einwanderungsgesellschaft und die Umdeutung der sozialen Verteilungsfragen: Statt der »oben-unten«-Logik wird die »drinnen-draußen«-Logik propagiert. Damit spricht die AfD vor allem die Bevölkerungsschichten an, bei denen rechte Einstellungen vorhanden sind, und versucht, diese Personen zu ermutigen, ihren Einstellungen auch entsprechende (Wahl-)Handlungen folgen zu lassen. (Ob diese Bereitschaft, am Wahltag tatsächlich gemäß diesen Einstellungen zu handeln, durch Umfragen weit vor dem Wahltag halbwegs zuverlässig abgefragt werden kann, ist zweifelhaft.)

Die Überlegungen hier folgen also der Annahme, dass mit der AfD ein politischer Akteur aufgetreten ist, der über alle Parteigrenzen Personen anspricht, die bestimmte Einstellungen und Weltansichten gemeinsam haben, und sie nun unter einer Parteifahne versammelt. Die AfD sammelte, folgt man dieser Hypothese, gegenwärtig ein bereits vorhandenes Potential ein, welches irgendwie auf einen »wählbaren« politischen Akteur, der nicht in der tabuisierten rechten »politischen Schmutzdecke« steht, »gewartet« hat. Dies gelingt durch Polarisierung und Radikalisierung.

Die Studien-Reihe „Deutsche Zustände“ zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit an der Universität Bielefeld (Wilhelm Heitmeyer, Andres Zick, Beate Küpper u.a.) und die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig (Oliver Decker, Elmar Brähler, Johannes Kiess u.a.) berichten seit Anfang dieses Jahrhunderts regelmäßig über einen Anteil von jeweils um die 20% in der Bevölkerung, bei dem manifeste rechtsextreme, autoritäre, antidemokratische Einstellungen gemessen wurden, die sich teilweise zu rechtsextremen Weltbildern verdichten. Im Zusammenhang mit der AfD sind insbesondere die Fragen interessant, die »Ausländerfeindlichkeit« und »Chauvinismus« messen sollen. (Die weiteren Elemente, die zu einer rechtsextremen Einstellung gezählt werden, sind »Befürwortung einer Diktatur«, »Antisemitismus«, »Sozialdarwinismus« und »Verharmlosung Nationalsozialismus«.)

Die Leipziger »Mitte-Studie 2014«¹ förderte zu den drei Fragen zur Ausländerfeindlichkeit unter den Befragten eine Zustimmung von rund 25% zu Tage, wobei sie in Ostdeutschland eher bei 30% lag. Die Fragestellungen zum Einstellungsmuster »Chauvinismus« brachten fast ähnlich hohe Zustimmungswerte. Vergleicht man diese Werte mit denen von 2006 und weiteren Vorjahren, so bilden die Werte für 2014 einen eher niedrigen Stand ab. (vgl. nachfolgende Tabelle). In wenigen Wochen wird eine neue Studie für 2016 vorliegen.

Die Werte zu »Ausländerfeindlichkeit« und »Chauvinismus« zeigen, dass auf der Ebene der Einstellungen und Weltbilder ein großes Potential für die Themen der AfD schon immer vorhanden war und weiterhin ist.

Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungsmustern 2014			
Ausländerfeindlichkeit	Gesamt	Ost	West
»Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.«	27,2%	33,8%	25,5%
»Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken.«	24,1%	29,3%	22,7%
»Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.«	27,5%	31,5%	26,5%
Chauvinismus	Gesamt	Ost	West
»Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben«	29,8%	29,8%	29,8%
»Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland«	21,5%	23,7%	20,9%
»Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.«	21,4%	28,7%	19,5%

Quelle: Decker/Kiess/Brähler 2014, S. 34-35

Wo waren diese Einstellungen bisher parteipolitisch gebunden? Bei den Erhebungen wurde jeweils auch die »Sonntagsfrage« gestellt: »Welcher Partei würden Sie ihre Stimme geben, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen wären?« Damit ist es möglich, den jeweiligen Anteil der Personen mit chauvinistischen oder ausländerfeindlichen Einstellungen unter den aktuellen Parteianhängern darzustellen. Für alle Parteien ergibt sich ein erheblicher Anteil von Personen mit diesen Einstellungen, man kann sagen, sie verteilen sich über alle Parteien. (Die Ost-West-Unterscheidung 2006 und 2010 führt allerdings z.T. zu geringen Fallzahlen, deren Aussagewert bezweifelt werden kann.) Der größere Teil des Potential wurde von Union und SPD gebunden, die Anteil bei der Linkspartei liegen leicht darunter. Bereits 2014 – die Datenerhebung erfolgte nach der Bundestagswahl und vor der Wahl zum Europa-Parlament – war der Anteil von Personen mit chauvinistischen Einstellungen bei der AfD überdurchschnittlich.

¹ Oliver Decker, Johannes Kiess, Elma Brähler: Die stabilisierte Mitte, Leipzig 2014

Diese Magnetfunktion der AfD zeigte sich 2014 auch bereits für ausländerfeindliche Einstellungen. Der Rückgang dieses Anteils bei anderen Parteien hat also nicht nur etwas damit zu tun, dass diese Einstellungen 2014 gegenüber 2010 abgenommen haben, sondern dass Personen mit diesen Einstellungen zur AfD wanderten. Die Einstellungen waren also handlungsleitend geworden, vermutlich nicht zuletzt deshalb, weil die AfD im Gegensatz zur NPD als »wählbare« Partei galt. Der Anteil ausländerfeindlich eingestellter Personen unter den Anhängern der Linkspartei ging von knapp einem Viertel 2010 auf ein Sechstel 2014 zurück.

Anteil der Personen mit chauvinistischen und ausländerfeindlichen Einstellungen je nach Parteipräferenz bei »Sonntagsfrage«					
	2006		2010		2014
	West	Ost	West	Ost	
Chauvinismus					
Union	20,4%	18,9%	19,8%	18,4%	12,5%
SPD	21,5%	14,4%	19,8%	23,0%	14,5%
FDP	12,7%	16,1%	17,1%	4,6%	13,9%
Grüne	15,8%	14,3%	12,7%	16,0%	6,0%
LINKE	11,1%	8,3%	15,7%	14,0%	12,3%
AfD					28,9%
Unentschlossene					13,1%
Nichtwähler	24,4%	19,7%	20,6%	22,2%	15,7%
Ausländerfeindlichkeit					
Union	25,6%	28,1%	23,5%	37,4%	17,1%
SPD	26,5%	22,9%	24,2%	33,3%	17,9%
FDP	19,9%	19,4%	16,2%	36,4%	8,3%
Grüne	18,8%	11,9%	12,7%	16,0%	6,0%
LINKE	28,6%	33,3%	20,0%	25,6%	16,9%
AfD					50,0%
Unentschlossene					16,4%
Nichtwähler	33,5%	43,3%	23,8%	39,4%	23,3%

Decker/Kiess/Brähler, Leipziger »Mitte-Studie« 2006, 2010, 2014.

Eine weitere Fragestellung kann lauten, welche Partei bevorzugen Personen mit einem manifesten rechtsextremen Weltbild, also dem Zusammenspiel aller sechs Faktoren für Rechtsextremismus. 2014 wurde dies für etwa 6% aller Befragten festgestellt. Diese Personen verteilten sich nach ihren Präferenzen bei der Befragung im Frühjahr 2014 wie folgt auf die Parteien: Union 21%; SPD 25%; LINKE 7%; AfD 6%; andere rechte Parteien: 6%; Unentschlossene 9%; Nichtwähler 23% (FDP und Grüne zu geringe Fallzahlen).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Wenn es der AfD gelingt, rechte Einstellungsmuster so anzusprechen, dass daraus Handlungen folgen, etwa bei Wahlentscheidungen, hat sie ihr zahlenmäßig größtes Potential unter Anhängern von Union und SPD. Aber auch unter den Anhängern der Linkspartei ist das Potential nicht gering, zumal in Ostdeutschland, wo die Partei noch Charakterzüge einer Volkspartei besitzt. Ein Teil dieses Potentials scheint bereits 2013 zur AfD abgewandert zu sein.

Wählerstromkonten / Wähler-Wanderungen

Eine halbwegs verlässliche Grundlage, um die Wechsel zwischen Parteipräferenzen rückblickend nachzuvollziehen, bilden die Wahltagsbefragungen, aus denen Infratest dimap die Wählerstromkonten für die einzelnen Parteien errechnet. Diese Daten beruhen auf Selbstauskünften der Befragten, welche Partei »heute« und bei der letzten Wahl gewählt haben. Die Daten setzen also (nur) Wahrhaftigkeit und Erinnerungsvermögen voraus. Sie besagen nichts über dem Zeitpunkt, an dem die Wahlentscheidung getroffen wurde, also die Abkehr von einer Partei und die Hinwendung zu einer anderen erfolgte.

Die Frage des Zeitpunktes spielt unter anderem deshalb eine Rolle, weil bei den jüngsten Landtagswahlen der Eindruck erweckt wurde, als seien die Stimmengewinne der AfD erst in den zurückliegenden Wochen zustande gekommen, weil die Bewegungen gegenüber den vorherigen Landtagswahlen 2011 gemessen wurden. Dabei blieb unklar, wie viele AfD-Stimmen 2016 von Personen kamen, die bereits bei der Bundestagswahl 2013 oder der Europawahl 2014 für die AfD gestimmt hatten und wie viele tatsächlich erst neu hinzugekommen waren. Mit diesem Vorbehalt, mit dieser Unsicherheit, sind die folgenden Zahlen zu lesen.

Grundsätzlich spielen für das Konkurrenzverhältnis zwischen Parteien jenseits der politischen Differenzen zwei Fragestellungen eine Rolle: Wie setzt sich die Wählerschaft einer neuen Partei zusammen, also von woher gewinnt sie ihre Stimme und worauf sollte sie sich konzentrieren? Welche Rolle spielen die Verluste an eine neue Partei für die etablierten Parteien, welche Bedrohung geht von der neuen Partei aus?

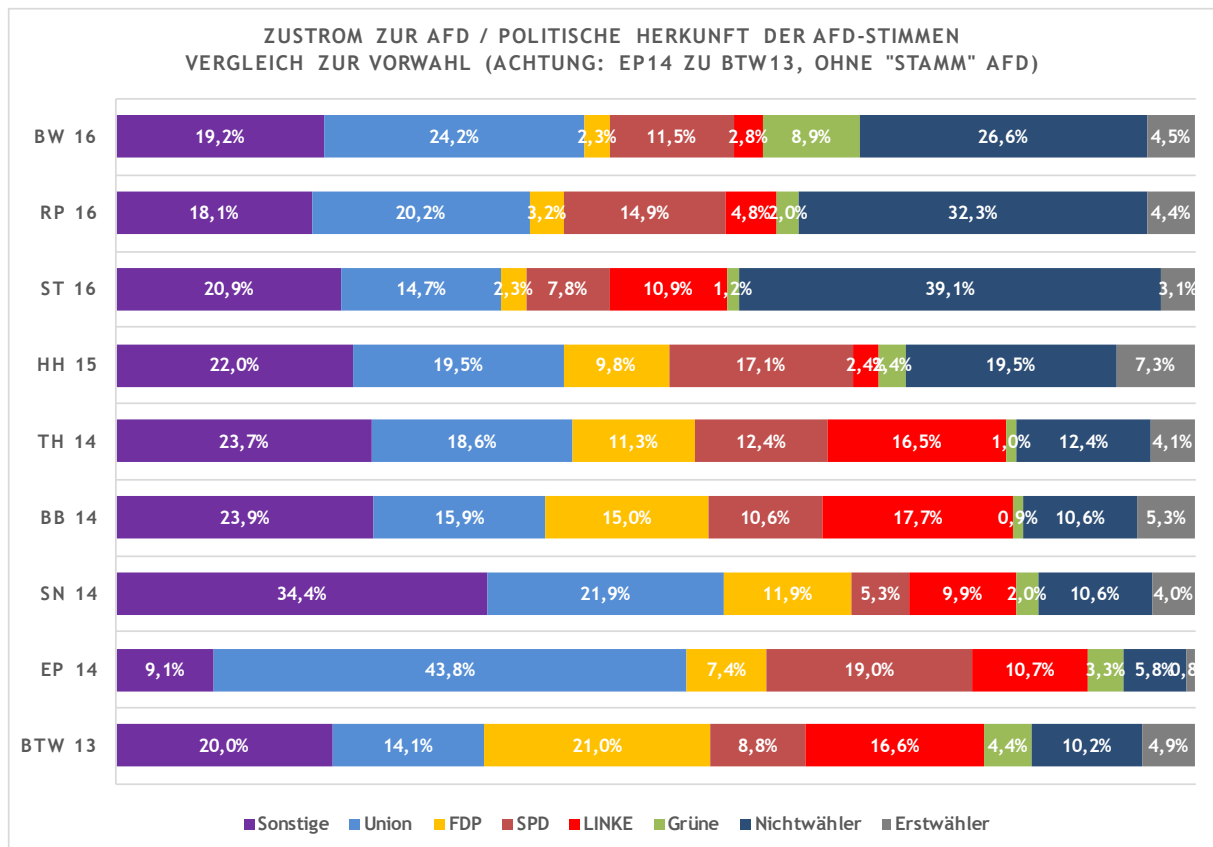
Die Zusammensetzung der AfD-Stimmen nach politischer Herkunft 2013-2016

Die nachfolgenden Betrachtungen beziehen sich ausschließlich auf die Wählerbewegungen zur AfD. Da die Partei erstmals an Wahlen teilnahm, konnte sie bei Bundestags- oder Landtagswahlen noch keine Stimmen an andere Parteien oder an die Nichtwahl verlieren. Deshalb werden bei den anderen Parteien auch nur die Bewegungen von der jeweiligen Partei weg berücksichtigt. Allein bei der Europawahl erfolgte ein Vergleich mit der vorherigen Bundestagswahl.

Einen erste »stabilen« Block der AfD-Stimmen bilden mit etwa 20% Personen, die vorher »sonstige Parteien«, wählten, die an der Sperrklausel scheiterten. Dieser Anteil war in Sachsen besonders hoch, weil hier auch die NPD darunter gerechnet wurde, und bei der Europawahl klein, weil bei dieser Wahl die Sperrklausel außer Kraft gesetzt war. Die Stimme für die AfD ist für diese Personen zunächst so etwas wie eine »Ersatzstimme«.

Ein zweiter, etwa gleich großer Block kommt von ehemaligen Unions-Wählerinnen und Wählern. Hier bildete vor allem die Europawahl einen Durchbruch, als die AfD zumal in Südwestdeutschland mehr Stimmen erhielt als bei der Bundestagswahl. Bis zur Abspaltung des Lucke/Henkel-Flügels 2015 bildeten auch ehemalige FDP-Stimmen einen erheblichen Anteil unter den AfD-Stimmen. Das änderte sich bei den jüngsten Wahlen dramatisch.

Die Bedeutung der Stimmen aus dem linken Parteienspektrum hat abgenommen. Zwar sind die Anteile immer davon geprägt, wie viele Stimmen die abgebende Partei überhaupt abzugeben hatte - folglich sind sie im Osten für die Linke höher als Westen - aber es zeigt sich doch eine erhebliche Differenz zwischen Sachsen-Anhalt 2016 und den drei ostdeutschen Landtagswahlen 2014 - zumindest aus Sicht der AfD.



Die Bedeutung ehemaliger Nichtwählerinnen und Nichtwähler für den Wahlerfolg der AfD war zunächst gering – etwa jede zehnte Stimme –, verdoppelte sich bei der Wahl in Hamburg und machte zuletzt ein Drittel der AfD-Stimmen aus. Ob es sich hierbei allerdings um einen tatsächlichen Einbruch handelt oder ob »lediglich« Personen, die bei einer Bundestagswahl teilnehmen, bei einer Landtagswahl aber nicht, durch die bundespolitische Zuspitzung bei den Landtagswahlen mobilisiert wurden, diese Frage beantworten die Zahlen nicht. Bei den drei letzten Wahlen bildeten jedenfalls diese Stimmen den größten Block für die AfD – auch deshalb sank die Bedeutung der Stimmen ehemaliger „Linke“-Wählerinnen und -Wähler.

Die Stimmen von Nichtwählern sind allerdings keine belastbare Basis für die AfD. Völlig unklar ist, ob daraus mittelfristig »Wiederwähler« werden. So erreichte die Partei bei der Europawahl 2014 zwar absolut mehr Stimmen als bei der Bundestagswahl, verlor dabei aber etwa 45% ihrer Stimmen der Bundestagswahl an die Nichtwahl. Mittelfristig dürfte sie den gleichen »Wählerwanderungsgesetzen« unterliegen wie alle anderen Parteien: ein Teil der Wählerinnen und Wähler kommt und geht. So kehrte zum Beispiel trotz einer deutlich niedrigeren Wahlbeteiligung bei der Europawahl knapp jede zwölfte Person, die 2013 bei der Bundestagswahl von der Linkspartei zur AfD gewechselt war, zur Linkspartei zurück.

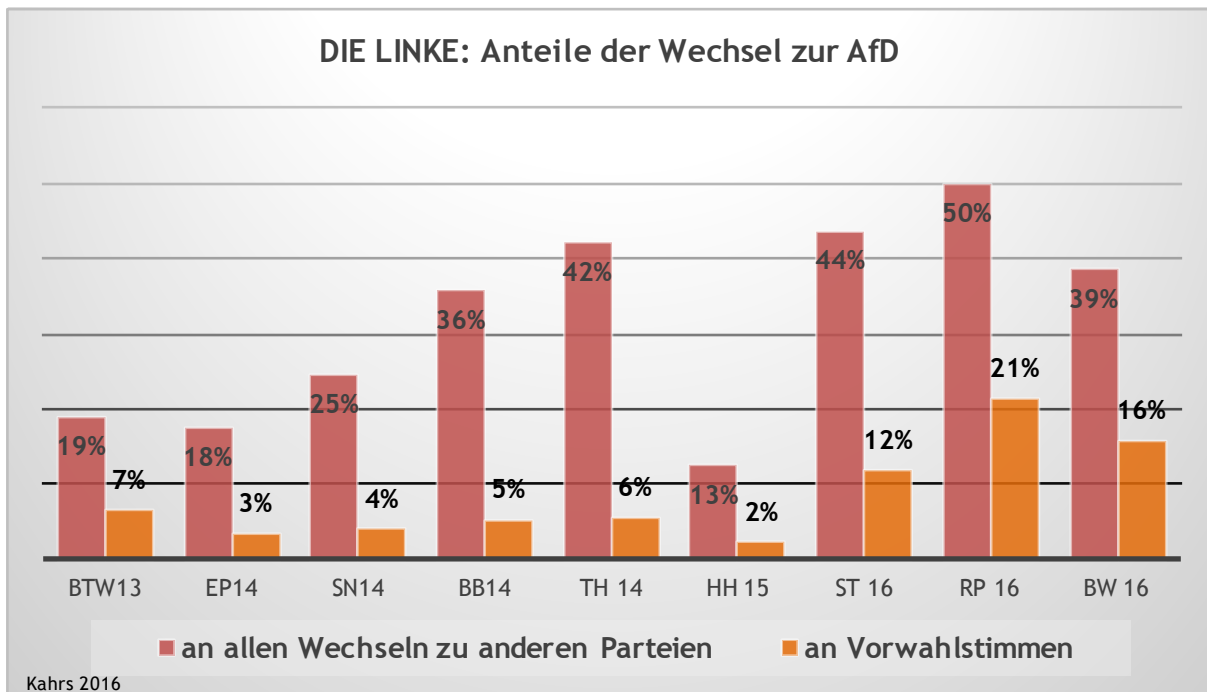
Wenn es für die AfD darauf ankommt, aus losen, einmaligen Bindungen feste Bindungen zu machen, zu ehemaligen Nichtwählern, zu ehemaligen Wählern anderer Parteien, so käme es umgekehrt darauf an, zunächst alles zu unterlassen, was eine solche feste Bindung befördern könnte.

Die Bedeutung der Verluste an die AfD für die Linkspartei

Wie verhält es sich umgekehrt, welche Bedeutung hat die neue Konkurrenz für die etablierten Parteien? Hierfür bieten sich zwei Vergleichsmaßstäbe an: a) der Anteil der zur AfD gewanderten Stimmen an allen Stimmen der Vorwahl und b) der Anteil der zur AfD gewanderten Stimmen an allen zu anderen Parteien abgewanderten Stimmen. Beide Maßstäbe sind sinnvoll, der letztere zeigt deutlicher die Bedeutung der AfD im Verhältnis zu anderen konkurrierenden Parteien. Die entsprechenden Zahlen zeigt die folgende Grafik.

Im Verhältnis zu den Vorwahlstimmen spielt die Konkurrenz der AfD bis einschließlich der Hamburg-Wahl keine herausragende Bedeutung. Bei der Bundestagswahl gingen 340.000 Stimmen an die AfD verloren, aber 680.000 an die SPD (von der wiederum auch Stimmen zur Linken wanderten).

Im Verhältnis zu den Verlusten an konkurrierende Parteien, also ohne Berücksichtigung der Wiederwähler und der neuen Wähler von anderen Parteien, spielen die Verluste an die AfD von Beginn an eine größere Rolle.



Die Grafik vermittelt allerdings auch statistische Artefakte: Der hohe Prozentsatz in Thüringen bezieht sich auf absolut deutlich weniger Parteiwechsel als der niedrigere in Sachsen oder Brandenburg.

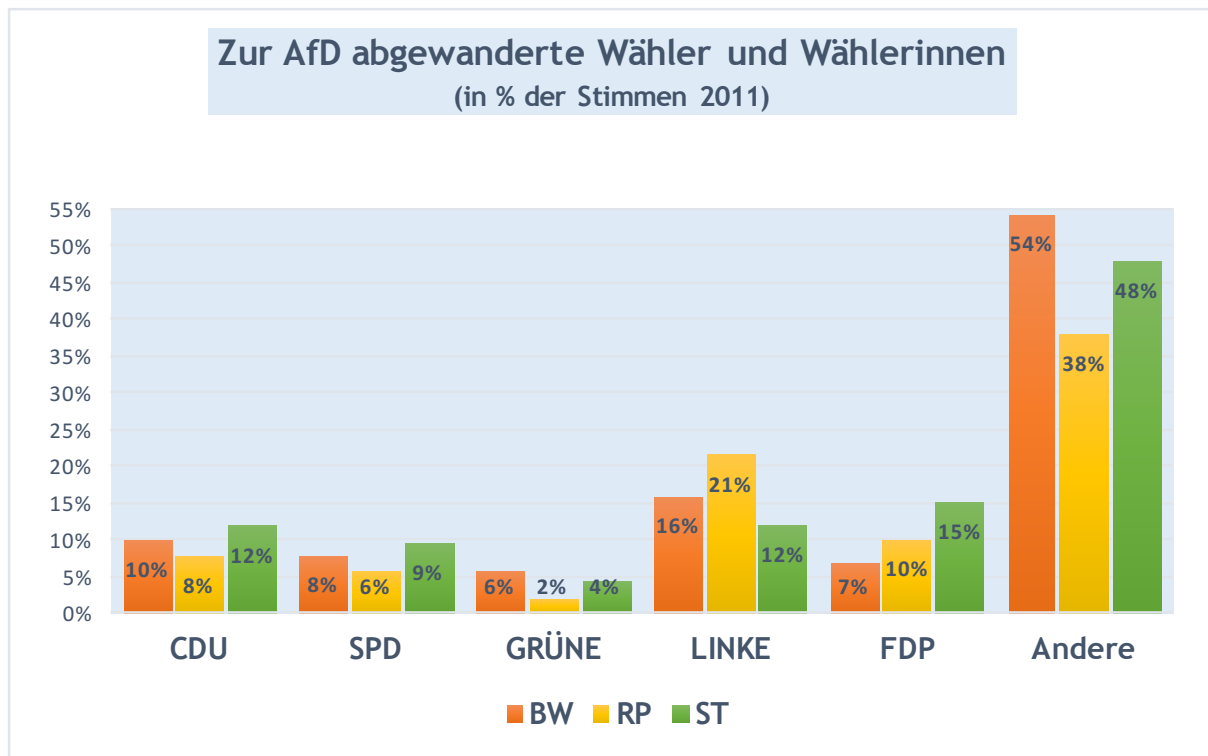
Die jüngsten Landtagswahlen markieren für beide Vergleichsmaßstäbe einen Bruch. Spätestens für diese Wahlen muss angenommen werden, dass die Wanderungen bei Landtagswahlen nicht mehr nur die vorherige bei der Bundestags- und Europawahl nachvollziehen, bei denen die Linkspartei insgesamt brutto 470.000 Stimmen an die AfD verlor. Die Bewegungen für 2016 gehen auf weitere, zusätzliche Abwanderungen zurück (wobei hier anzumerken ist: in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurden diese Abwanderungen durch Zuwanderungen von anderen Parteien mehr als ausgeglichen).

Wenn im Durchschnitt etwa ein Sechstel der Stimmen zur AfD wandert, so steckt darin ein durchaus hohes Konkurrenzpotential und eine strategische Herausforderung. Entscheidend wird dabei sein,

welcher Annahme man folgt: Handelt es sich um Stimmenwanderung, die der situativen Logik folgen? Oder handelt es sich um Wechsel, bei denen eine zu den eigenen Einstellungsmustern passende Partei entstanden und wählbar geworden ist?

Um diesen Aspekt durch ein Rechenbeispiel zu verdeutlichen: Nach den dargestellten Befunden der Leipziger Wissenschaftler hatten im Frühjahr 2010, gemessen am Bundestagswahlergebnis wenige Monate zuvor, etwa 750.000 Anhänger eine chauvinistische und über 1,1 Millionen eine ausländerfeindliche. Vier Jahre später und nach erheblichen Stimmenverlusten wären es nach diesem Rechenmodell noch 320.000 bzw. 500.000 Personen. Könnte es also sein, dass in diesem Rückgang ein erheblicher Teil der 340.000 zur AfD abgewanderten Personen enthalten ist? Im unwahrscheinlichen, lediglich denkbaren Extremfall handelte es sich bei den abgewanderten Personen um solche, deren Weltbild von der linken Programmatik überhaupt nicht erfasst würde, wohl aber von dem durch die AfD vermittelten. In diesem Fall wären »Rückholversuche« nicht besonders erfolgversprechend bzw. hätten zur Voraussetzung, den Charakter der Partei grundsätzlich zu verändern.

Eine »besondere Betroffenheit« bei den letzten Landtagswahlen zeigt auch der Vergleich mit den anderen Parteien für die Frage, welchen Anteil die Abwanderung zur AfD gemessen an den Vorwahlstimmen spielt:



Die Grafik zeigt zum einen die „Staubsauger“-Rolle der AfD im Verhältnis zu den kleinen Parteien, die die Hälfte ihrer Stimmen an die AfD verlieren. In den westlichen Bundesländern folgt dann die LINKE als am zweitstärksten betroffene Partei, in Sachsen-Anhalt liegt sie gleichauf mit der Union.

Nimmt man die jüngsten Landtagswahlen als Maßstab, so ergibt sich ein Potential von mehr als einem Zehntel der Linkspartei-Stimmen von 2009, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit von der AfD gewonnen werden können – wenn die bundespolitischen Themenkonstellationen (Flüchtlingspolitik, Zukunft des Landes, Drinnen-Draußen-Logik) ähnlich sind wie im vergangenen Frühjahr. Gleichzeitig ist nicht absehbar, wie die Erfolge der AfD im Alltagsbewusstsein und im Alltagsgespräch ver-

arbeitet werden, ob hier weitere Einbrüche in bestehende Parteibindungen sich anbahnen. Die gegenwärtig in den Umfragen gespiegelte relative Stabilität der Zustimmung zur Linkspartei könnte also auch (bereits) unterhöhlt sein.

Wenn gleichzeitig, wie in verschiedenen Studien mittlerweile betont wird, von einer gesellschaftlichen Polarisierung auszugehen ist, also einem hervortreten von Konfliktlinien etwa entlang der Frage autoritäre oder demokratische Politik, offene oder nationalistische Gesellschaft, so stellt sich unter strategischen Gesichtspunkten die Frage, wo und wie am Ende eine Festigung und Ausweitung der Zustimmung möglich ist: in der Konkurrenz zur AfD um gleiche Wählergruppen mit zum Teil »fremden« Einstellungsmustern oder als radikaler pragmatischer Akteur im demokratisch-solidarischen gesellschaftspolitischen Feld.